

Montagsdemo

Ein Jahr Hartz IV - Blick zurück im Zorn

Die Bilanz von Hartz ist vernichtend. Jeden Monat müssen 40.000 Arbeitslose vom normalen Arbeitslosengeld (ALG I) zu ALG II d.h. zu Hartz IV wechseln und fortan mit 345,- Euro monatlich auskommen, wovon auch sie noch Rücklagen für Kleidung und Hausrat erübrigen sollen. Ab dem 55. Lebensjahr erhält ein Arbeitsloser nur noch 18 Monate ALG I, dann folgt der Absturz zu Hartz IV.

Hartz IV ist ein Verelendungs-Programm

Darüber hinaus müssen sich die Arbeitslose auch noch als Versager, Faulenzer, Schmarotzer und Sozial-Terroristen beschimpfen lassen. Dazu kommen Schikanen, Verfolgung bis in die Privatsphäre und die entrechtenden Zwangsmaßnahmen wie die 1-Euro-Jobs: Der Verlust an Menschenwürde im Falle der Arbeitslosigkeit dient zugleich der Erpressung der noch Beschäftigten zu Mehrarbeit und Lohnverzicht.

Hartz IV-Zwischenbilanz Verarmung und Repression

Seit November ist die Arbeitslosigkeit um 75.000 Betroffene auf „nur“ noch 4,6 Millionen angestiegen - soweit die offizielle Statistik: Die wahre Zahl dürfte irgendwo zwischen 6 und 9 Millionen liegen. Monat für Monat müssen 40.000 Arbeitslose zum ALG II wechseln. Mittlerweile kommt bereits ein Arbeitsloser auf etwa fünf versicherungspflichtig Beschäftigte. Besonders groß ist die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen unter 20, sie stieg um 65,2 %

Seit über 20 Jahren wird immer wieder behauptet, Verzicht, Kürzen und Sparen sei notwendig. Man müsse sich in Geduld üben, weil sich die Wirkung der Maßnahmen verzögere. Im gleichen Zeitraum wuchs die Arbeitslosigkeit stetig an.

Ackermann und Konsorten räumen mit der Lebenslüge der Wirtschaft und ihrer Politiker auf. "Die Gewinne von heute sind die Arbeitsplätze von morgen". Das hat sich längst als ausgemachter Unsinn herausgestellt - spätestens seit Massenentlassungen an der Börse zu Spitzen-Notierungen führen. Wer das heute noch behauptet, ist entweder ein Dummkopf oder ein Lügner der wider besseres Wissen handelt. „Nach der Reform ist vor der Reform“ heißt es bei den Unternehmern - sie mahnen zur Eile, den Bedürftigen noch das Letzte zu nehmen. Die für Hartz IV veranschlagten Mittel reichen nicht. Das liegt nicht etwa an **Missbrauch** durch die Betroffenen, sondern an der absolut unrealistischen Finanzkalkulation im Bundesgesetz 2005.

Weg mit Hartz IV !

Kombilohn - Lohndumping auf Kosten der Steuerzahler

Schon heute beziehen 500.000 bis 700.000 Menschen aus Steuermitteln subventionierte Erwerbseinkünfte - das soll laut CDU-Wahlprogramm rein ausgeweitet werden.

Kombilöhne sind Niedrigstlöhne auf Kosten der Allgemeinheit. Die Unternehmer sollen quasi zum Dank, für die Einstellung eines Langzeit-Arbeitslosen aus Steuermitteln belohnt werden.

Angeblich würden so eine Million neue Arbeitsplätze geschaffen: Die Unternehmer werden dies jedoch nur dazu nutzen, um normal entlohnte Beschäftigte durch billigere Arbeitskräfte zu ersetzen.

Kombilöhne schaffen keine Arbeit

Es wird unterstellt, **dass** grundsätzlich genügend - aber nicht bezahlbare - Arbeit in der freien Wirtschaft vorhanden wäre. Das ist ein **Trugschluss**.

Kein Unternehmer beschäftigt Arbeitnehmer, weil sie billig sind, sondern nur wenn zusätzliche Arbeit also Nachfrage vorhanden ist. Lohndumping wird weder eine höhere Produktivität noch Beschäftigungszuwachs bewirken.

Unternehmer werden die Subventionen kassieren und Arbeitslose einstellen, um bisher "zu teure" Beschäftigte zu entlassen.

Es wird nicht mehr genug Arbeit geben. In Deutschland werden jeden Tag 3000 Stellen abgebaut.

Im Jahre 2020 werden nur noch 2 % der Menschen in der Produktion Beschäftigung finden. Auch im Dienstleistungssektor wird der technologische Fortschritt die Arbeitsplätze vernichten, wie es schon jetzt bei den Banken und Versicherungen passiert.

Kombilöhne sind extrem unsozial!

Die Abwärtsspirale bei den Löhnen und Gehältern ist bereits in vollem Gange.

Mit dem Kombilohn will die große Koalition das nicht nur beschleunigen, sondern auch flächendeckend ausbreiten.

Kombilöhne sind extrem unsozial. Sie schaffen keine zusätzlichen Arbeitsplätze.

Dafür aber darf die Allgemeinheit die Extraprofite der Unternehmer finanzieren.

ViSdPP + Kontakt: Armin Kligge,
Thomees Kamp 17, 58644 Iserlohn,
Tel.: 02371 -29408, Fax: 02371-27619